

**SZ,**  
**15./16.3.**

### **„Muslimische Schüler besser integrieren“**

Weimar (epd) - Für eine bessere Eingliederung von Muslimen in das deutsche Schulsystem haben sich Fachleute aus dem In- und Ausland auf einer Islam-Tagung der Kultusministerkonferenz ausgesprochen. Schulen seien für muslimische Kinder nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch für die soziale Integration von Bedeutung, sagte die Thüringer Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (CDU) zum Abschluss der Tagung in Weimar. Im Mittelpunkt der zweitägigen Beratungen in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung stand der Alltag an Schulen mit Kindern aus islamischen Ländern. Nach Einschätzung der Experten hat sich die Darstellung von islamischer Geschichte, Kultur und Religion in deutschen Lehrbüchern in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Als beispielhaft wurden die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamischen Religionsunterricht in Münster und eines Studiengangs im Lehramt für islamische Religion in Osnabrück genannt. Nachdrücklich warnte der katholische Theologieprofessor Hans Küng als Tagungsleiter im Zusammenhang mit einem drohenden Irak-Krieg vor „Hysterie“ gegenüber dem Islam. Es bestehe die Gefahr, dass nach Beginn eines Krieges durch die USA auch in Europa die Stimmung angeheizt werde. Die damit verbundenen „dummen Frontstellungen“ und Vorurteile müssten jedoch verhindert werden.

**FR, 15.3.**

### Schulen

---

### **Bessere Integration von Muslimen gefordert**

WEIMAR, 14. März (epd). Für eine bessere Eingliederung von Muslimen in das deutsche Schulsystem haben sich Fachleute aus dem In- und Ausland auf einer Islam-Tagung der Kultusministerkonferenz ausgesprochen. Schulen seien für muslimische Kinder nicht nur Orte der Bildung, sondern auch der sozialen Integration, sagte Thüringens Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (CDU) nach der Tagung am Freitag in Weimar.

Den Experten zufolge hat sich die Darstellung von islamischer Geschichte, Kultur und Religion in deutschen Lehrbüchern in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Als beispielhaft wurden die Einrichtung eines Lehrstuhls für islamischen Religionsunterricht in Münster und eines Studiengangs im Lehramt für islamische Religion in Osnabrück genannt. In einem „Weimarer Aufruf“ bekräftigten die Teilnehmer, dass die „schulische religiöse Bildung“ von Kindern muslimischen Glaubens zum Schulauftrag gehört.

## Pressespiegel TMWFK 15.03.03

# Küng und die Konferenz

In Weimar tagte man über Islam an deutschen Schulen

Milte kommender Woche wird Hans Küng 75 Jahre alt. Doch das bedeutet nicht, dass der Theologe Publizist und Präsident der Stiftung Wettethos leise wird. Die USA, sagte er gestern, dachten im alten Paradigma der Gewalt und litten unter einem Sicherheitewahn. Dagegen lehre doch die Geschichte den friedlichen Dialog. Und auch die deutsche Rasterfahndung gegen Islamische Studenten, lügte er auf Nachfrage hinzu, sei schlicht diskriminierend".

An diesem Punkt fiel ihm die Thüringer CDU-Wissenschaftsministerin mit tiefgefrorenem Gesicht, ins Wort. Dies alles, behelne Dagmar Schipanski die

geladene Presse, sei nicht Thema der Konferenz gewesen.

Präzise gesagt tagte in Weimar eine Konferenz der Kultusministerkonferenz (KMK) über „Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen" in Weimar. Fast 300 Politiker, Beamte, Diplomaten, Ausländerbeauftragte, Gewerkschafter, Lehrer-Elternvertreter redeten unter der Leitung von Hans Küng zwei Tage über alles, was der Aufprall von drei Millionen Muslimen auf deutsche Schulen mit sich bringt.

Da aber ein gewisser Unterschied zwischen einer Hauptschule in Duisburg mit 80 Prozent Ausländern und den Pro-

zentanteilen in Mecklenburg besteht und jedes Land sowieso alles selbst regelt, konnte nicht viel mehr als Erfahrungen ausgetauscht werden.

Nichtsdestotrotz verabschiedete man gestern eine „Weimarer Erklärung", voller Worte wie Integration und unverbindlichen Aufrufen nach mehr islamischen Religionsunterricht und besserer Ausbildung der Lehrer, Ministerin Schipanski, die mit 130 muslimischen Schülern in Thüringen nicht sonderlich unter Handlungsdruck steht, befand dies gerne, ebenso wie die Rasterfahndung, als Erfolg,

Martin DEBES

## Schule soll Muslime auch religiös bilden <sup>OTZ</sup>

Forderung auf internationaler Konferenz

Weimar (dpa). Die religiöse Bildung von Schülern muslimischer Glaubens gehört nach Auffassung von Experten einer internationalen Bildungskonferenz in Weimar zum Auftrag deutscher Schulen.

Mehrere Länder hatten, bereits einen religionskundlichen Unterricht oder planten ihn., sagte gestern Thüringens Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (CDU). Der Unterricht

sollte, jedoch in deutscher Sprache stattfinden. Die Kultusministerkonferenz werde sich künftig mit diesem Thema ausführlich beschäftigen, sagte Schipanski.

Muslimen setzten sich zudem für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache im Sinne des Grundgesetzes ein. Dieses Fach könne es allerdings nur geben, wenn Muslime in den Ländern Religionsgemeinschaften bildeten

URL: [http://www.fr-aktuell.de/ressorts/bildung/bildung\\_und\\_beruf/bildung/?ent=176218](http://www.fr-aktuell.de/ressorts/bildung/bildung_und_beruf/bildung/?ent=176218)

## **KüLTüSMINISTERTAGUNG Religionsunterricht für Muslime rückt näher**

**Bildungsfachleute aus allen Bundesländern haben während der von der Kultusministerkonferenz veranstalteten Konferenz "Lerngemeinschaft - Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen" für islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache plädiert. Dazu müssten die Muslime "in den Ländern Religionsgemeinschaften bilden, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werden", heißt es in einem von den Tagungsteilnehmern verabschiedeten "Weimarer Aufruf". In dem Manifest wird die Rolle der Schule als Ort zur Vermittlung des interkulturellen und -religiösen Dialogs hervorgehoben. Auch in der Aus- und Weiterbildung der Lehrer an Hochschulen müsse sich dies niederschlagen.**

**Mehrere Träger, darunter nicht die Kirchen, hatten die Tagung vorbereitet, an der 150 Experten teilnahmen, davon rund ein Viertel Muslime. Thüringens Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski (CDU) und der Tagungspräsident, der katholische Theologe Hans Küng, verwiesen auf Fortschritte beim Thema Islam in der Bildung. So seien die Darstellungen in Schulbüchern in den vergangenen Jahren realistischer geworden. Angesichts von gut drei Millionen Muslimen in Deutschland sei diese Entwicklung wichtig. Die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) monierte allerdings, es gebe zu wenig "Dialogangebote" für die 715 000 muslimischen Kinder in Deutschland. Auch in Jugendzeitschriften wie *Bravo* komme deren Welt nicht vor.**

**In dem Aufruf wird darauf verwiesen, dass der deutsche Staat die Kultur und Religion der Muslime schütze. Umgekehrt erwarteten Bund und Länder die Anerkennung des Rechtsstaats und das Eintreten für die deutsche Verfassung. Weiter mahnen die Bildungsexperten Offenheit auf islamischer Seite sowie Respekt gegenüber den Traditionen der Muslime an. Dazu zähle Rücksicht auf Speisevorschriften oder die Unterrichtsbefreiung von Schülern muslimischen Glaubens an islamischen Feiertagen. Örtliche Moscheevereine und islamische Verbände sollten bei der Integration junger Muslime helfen.**

**Einig waren sich die Bildungsfachleute, dass die derzeitigen Angebote nicht ausreichten. Die islamische Unterweisung in Nordrhein-Westfalen, sei "Platzhalter für einen zukünftigen islamischen Religionsunterricht", sagte Klaus Gebauer vom Landesinstitut für Schule in Soest. Ulrich Seiser vom bayerischen Kultusministerium stellte den geplanten Modellversuch eines deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts unter Beteiligung der Muslime in Erlangen vor, der allerdings noch nicht mit einem christlich-konfessionellen Religionsunterricht vergleichbar sei.**

**Während pädagogische Fragen lösbar scheinen, gibt es offenbar ein Problem damit, eine offizielle Plattform für die muslimischen Gruppen zu etablieren, um sie bei der Lehrplanarbeit einzubeziehen. Hier dominierten die Juristen aus den Schulministerien die Diskussion, gle/kna**

(document info ]

Copyright © Frankfurter Rundschau 2003  
Dokument erstellt am 18.03.2003 um 16:53:34 Uhr  
Erscheinungsdatum J 9.03.2003

## In Allahs Namen

### Neue Chance für eigenständigen Islamunterricht auf Deutsch

Als sie sich das letzte Mal mit dem Islamischen Religionsunterricht in Deutschland befasste, sah die Kultusministerkonferenz (KMK) noch „keinen weiteren Handlungsbedarf“. Das war 1996. Jetzt wollen die Länder das Monopol auf religiöse Bildung nicht länger den Koranschulen überlassen. Auf einer Tagung in Weimar sprach sich die KMK letzte Woche für einen eigenständigen Islamunterricht in deutscher Sprache aus.

Damit rückte der Staat zum ersten Mal von seiner bisherigen zentralen Forderung ab - der nach einem einheitlichen Ansprechpartner auf muslimischer Seite. Zwar sollen die Muslime in den Ländern weiterhin Religionsgemeinschaften bilden, die den Unterricht mittragen. Doch die Kultusministerialen haben erkannt, dass der Islam - anders als die beiden großen christlichen Kirchen - „nicht amtskirchlich verfasst ist“.

In Hessen, Bayern und Baden-Württemberg haben sich bereits seit langem zahlreiche Muslime zu diesem Zweck zu Religionsgemeinschaften zusammengeschlossen. Ihre Anträge auf Einführung eines islamischen Religionsunterrichts wurden bisher von den Behörden jedoch stets abgewiesen. In Nordrhein-Westfalen lehnte das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Klagen der beiden Dachverbände - des Zentralrats der Muslime und des Islamrats - mit der Begründung ab, sie würden nur einen Bruchteil der Muslime in Deutschland vertreten. Das bayerische Kultusministerium ließ sich immerhin auf einen Modellversuch ein: Vom kommenden Schuljahr soll es an einer Grundschule in Erlangen islamischen Unterricht mit Elementen der Glaubenserfahrung geben. Die Inhalte wurden mit Wissenschaftlern und dem örtlichen Zusammenschluss der Muslime abgestimmt.

### Aufs Grundgesetz geschworen

Als mögliches Vorbild für einen eigenständigen Religionsunterricht wurde auf der Weimarer KMK-Tagung das nordrhein-westfälische Projekt einer Islamkunde hoch gehandelt: als ordentliches



*Islam in der Schule: Wissen vor Glauben?*  
Foto: Langer/SZ-Archiv

Schulfach, benotet und in deutscher Sprache. An dem 1999 gestarteten Projekt nehmen inzwischen fast 80 Schulen teil. Es unterrichten Migranten muslimischen Glaubens, in der Regel Muttersprachlehrer mit pädagogischer Zusatzausbildung. Sie stehen im Dienst der Landesregierung und haben auf das Grundgesetz geschworen. Dennoch ist die Islamkunde nicht mit dem katholischen oder evangelischen Religionsunterricht zu vergleichen. Sie bietet vor allem faktisches Wissen, spart jedoch bewusst das Verkünden des Glaubens und die Erziehung zum Glauben aus. Für den Zentralrat der Muslime ist sie deshalb nur „reine Folklore“ - nach dem Motto „Wer wie betet und welche Kleidung trägt“. Der Dachverband besteht auf einen bekennenden Religionsunterricht.

Wie immer der islamische Religionsunterricht auch aussehen mag - noch fehlen die Lehrer dafür. Vom Sommersemester 2004 an sollen an der Universität Münster die ersten angehenden Islamlehrer ihre Ausbildung beginnen. Von ihnen wird viel erwartet: mehrsprachig sollen sie sein, gläubig und tolerant, Vorbild und Vertrauensperson für Schüler und Eltern, Informationsquelle für das Kollegium. In der deutschen wie in der Herkunftskultur sollen sie bewandert sein und auch Alltagsfragen beantworten - wie die, ob Gummibärchen unter das Schweinefleischverbot fallen. All dies sollen vor allem junge Migranten bewerkstelligen, die die Kultusminister besonders als Islamlehrer gewinnen wollen.

MATILDA JORDANOVA-DUDA

# Ein Bild mit weißen Flecken

Der Islam im Unterricht: Auch neuere deutsche Schulbücher vernachlässigen viele Aspekte der drittgrößten deutschen Konfession

**A**rabische Kalligrafie im Kunstunterricht, das islamische Zinsverbot im Fach Wirtschaft, die Einstellung zum vorehelichen Geschlechtsverkehr in Sexualkunde: Der Islam kann in vielen Fächern diskutiert werden. Kenntnisse über die drittgrößte Konfession in Deutschland gehören auch außerhalb des Religions- und Ethik-Unterrichts auf den Lehrplan, so der Weimarer Aufruf der Kultusministerkonferenz (KMK) von Mitte März.

Bislang kommt das Thema Islam vor allem in Geographie, Geschichte, Sozialkunde, katholischer und evangelischer Religion und Ethik vor. Rund 150 Schulbücher für diese Fächer von der Grundschule bis zur Sekundarstufe I, erschienen seit 1995, hat das Georg-Eckert-Institut (GEI) für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig ausgewertet. Die Untersuchung ist der erste Teil des Projekts „Westliche und islamische Welt: Aspekte gegenseitiger Wahrnehmung im Spiegel ihrer Schulbücher“ und wird im Mai abgeschlossen.

Schon in den achtziger Jahren hat das GEI die deutschen Schulbücher in dieser Hinsicht analysiert. Die damaligen Empfehlungen seien ansatzweise umgesetzt worden, sagt Projektkoordinatorin Nese Ihtiyar. Im Schulstoff neueren Datums fand ihre Arbeitsgruppe einige ausgewogene Darstellungen des Islams und eine insgesamt positive Tendenz, aber leider noch zu viele Defizite.

In den Geschichts- und Geographie-Büchern fand die Islamwissenschaftlerin Ihtiyar jede Menge Krieg und Gewalt als prägendes Element des christlich-islamischen Verhältnisses: die Kreuzzüge, die Rückeroberung Spaniens, der Nahost-Konflikt, der islamische Fundamentalismus. Wenig lernten die Schüler über die Zeiten friedlichen Miteinanders, über die Gelehrten, die das philosophische Erbe der Antike retteten. Die Koran-Anbeiter erschienen als anonyme Masse, und den muslimischen Kindern fehle eine Identifikationsfigur, meint Ihtiyar. Dennoch bemühten sich die Autoren neuerdings um Multiperspektivität. Muslimische Quellen oder zumindest Islamwissenschaftler würden zitiert.

In einem Lehrbuch für das Gymnasium stieß sie auf ein typisches Familienfoto: ein Mann mit seinen vier vollkommen verschleierte Ehegattinnen, darunter ein gekürztes Koran-Zitat. Doch es gibt auch Autoren, die nicht die Klischees bedienen. So wurden in einem anderen Geographie-Buch Musliminnen aus verschiedenen Ländern und sozialen Schichten gezeigt, darunter hochrangige Wissenschaftlerinnen und Politikerinnen. So sei klar herausgestellt, dass die Stellung der Frau nicht einzig von der Religion, son-

dern auch von der jeweiligen Landestradi-tion und der Schichtzugehörigkeit abhängt. Für das Bild der Muslime in Deutschland müssen die türkischen Gastarbeiter hinhalten. Männer mit Schnauz-bart, Frauen mit Kopftuch fünf Schritte hinterher. Auch hier arbeiten die Verlage oft mit veralteten und fragwürdigen Illustrationen und lassen die so Geschilderten kaum zu Wort kommen.

Wolf Ahmed Aries, wissenschaftlicher Beirat des deutschen Islamrats, bemängelt die weißen Flecken auf der Karte: Die Schulbücher seien auf arabische Länder fixiert. Von der langen iranischen Geschichte sei nur die Revolution der Ajatollahs übrig geblieben, gar keine Erwähnung seien die zahlreichen südostasiatischen Muslime wert. Außerdem seien nirgends moderne islamische Denker aufgeführt: So werde die europäische Aufklärung als eine Entwicklung dargestellt, „die wir nicht mitgemacht haben“.

Tatsächlich fehlen die Reformdenker, bestichtigt Ihtiyar. Diese seien den Schulbuchschreibern schlicht unbekannt. In ihren Empfehlungen fordert die GEI-Arbeitsgruppe das Einbeziehen von muslimischen Autoren und Lektoren, die auch authentische Quellen einbringen und die Dinge aus zwei Perspektiven zeigen können. Die Wissenschaftler plädieren für mehr prominente Vorbilder aus Politik, Sport und Kultur. Vor allem jedoch sollten die Muslime nicht als Minderheit < oder fremd, sondern als Teil der deutschen Gesellschaft dargestellt werden. „In der Diskussion nach dem 11. September haben wir festgestellt, wie wenig Kenntnisse über den Islam auch an den Schulen vorhanden sind“, sagt Franz Kiefer von der Koordinierungsstelle Didaktik in der Bundeszentrale für politische Bildung. Deshalb hat die Behörde im Dezember 2002 eine Loseblattsammlung für Projektwochen oder fachübergreifenden Unterricht herausgebracht.

## Vielfalt im Lehrerkollegium

Die Hefte für die neunte bis zwölfte Klasse erläutern kontrovers Geschichte und Gegenwart anhand von Koran-Texten, Zeitungsinterviews und wissenschaftlichen Artikeln. Zeitgenössische Publizisten aus Ägypten, Algerien oder Iran - sowohl liberal als auch fundamentalistisch - äußern sich zu Fragen der Religion und Politik, der Scharia und der Menschenrechte. Ein Kapitel geht auf die aktuellen Konflikte ein und führt dabei brisantes Material an: etwa den religiösen „Leitfaden“ im Gepäck des Terroristen Mohammed Atta. Als Berater wurden muslimische Wissenschaftler hinzugezogen. „Es ist die Freiheit der Lehrer, was sie von diesen Arbeitshilfen für ihren Unterricht aussuchen“, sagt Kiefer.

Seit Januar hat die Bundeszentrale mehr als 5300 Exemplare verteilt. Wie sie angenommen werden, ist noch nicht bekannt. Die Reihe wird mit Unterrichtsmaterialien für jüngere Schüler im Sommer fortgesetzt.

Den Pädagogen dürfte das interreligiöse und interkulturelle Lehren Schwierigkeiten bereiten. Es ist heute nur in vier Bundesländern ein Pflichtteil der Ausbildung, zumindest der Grund- und Hauptschullehrer. Die Fortbildungsangebote sind unverbindlich. Die Berufsanfänger sind in der Arbeit mit gemischten Klassen völlig ungeübt, sind sich die Bildungsfachleute einig. Nur: Die Hochschulen sehen kaum Möglichkeiten, zusätzliche Inhalte in die auch jetzt zu lange Studienzzeit zu packen, meint Professor Klaus Geiger von der Universität Kassel. Und schon gar nicht ohne zusätzliches Geld, so der Migrationsforscher.

Die KMK will junge Einwanderer zum Studium für das Lehramt bewegen und auf diese Weise etwas Vielfalt in die Kollegien bringen. Allerdings gilt es zuerst, die rechtlichen Unsicherheiten zu beseitigen: Dürfen Nicht-EU-Bürger Beamte werden, sind Kopftuchträgerinnen als Lehrerinnen akzeptabel - oder nicht? Bislang ist der Weimarer Aufruf der KMK weder Beschluss noch Richtlinie, er ist lediglich ein Zeichen des guten Willens.

MATTLDA JORDANOVA-DUDA

# LERNEN

SZ-Beilage für Schule und Weiterbildung

Dienstag, 8. April 2003

ZUM THEMA

## Große Worte, kleine Taten

Autor: BIRGITTA MOGGE

Als der Kalte Krieg vorbei war und die Sowjetunion als Weltmacht abtrat, erwartete zumindest die westliche Welt, dass es auf Erden friedlicher werden und die lebensbedrohenden Konfrontationen zu Ende sein würden. Eine neue und bessere Weltordnung war die große Hoffnung. Eine Illusion. Wir wollen nicht vom Kampf der Kulturen sprechen, aber es ist nicht zu übersehen, dass offen oder latent der Gegensatz westliche Welt Islam unseren politischen Alltag bestimmt. Und es besteht auch kein Zweifel, dass der katastrophale Irak-Krieg diese Spannung verstärkt.

Diese bittere Entwicklung ist auch deshalb schwer zu verkraften, weil in Deutschland mehr als drei Millionen Muslime leben. Mit ihnen müssen und wollen wir zusammenleben, uns arrangieren und für die Zukunft planen. Denn der Lebensraum ist zu klein und zu eng, die Kommunikation zu schnell und übergreifend geworden, als dass wir uns in Ghettos abkapseln oder in kleinen Bürgerkriegen ständig streiten könnten. Wir sind um des Friedens willen zu einem toleranten und dauerhaften Miteinander verpflichtet.



Hans Küng, der unerschrockene Streiter für sein Projekt Weltethos und Tagungspräsident des Weimarer Kongresses Lerngemeinschaft. Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen, betont immer wieder, dass zur Beurteilung der Weltlage Kompetenz nicht nur in Sachen Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft gehört, sondern Kompetenz auch in Sachen Religion. Sein Credo: Frieden zwischen den Menschen erwächst aus den verschiedenen Religionen dieser Welt. Denn: Kein Frieden unter den Nationen ohne Frieden unter den Religionen. Kein Frieden unter den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen. Kein Dialog zwischen den Religionen ohne globale ethische Maßstäbe. Kein Überleben unseres Globus ohne ein globales Ethos, ein Weltethos.

Dahinter steht nicht etwa der Traum von einer Welteinheitsreligion, wohl aber die Hoffnung auf eine weltweite Verständigung. Beginnen muss sie im Kleinen: vor der Haustür, vor allem in den Schulen, dem wohl wichtigsten Ort. Kein Kind kann sich hier den anderen ganz entziehen, jedes bildet sich Urteile und leider auch Vorurteile.

Umso wichtiger ist es, Kennenlernen und Verständigung zu ermöglichen, gerade auch in den wesentlichen Fragen des Lebens. Religionsunterricht, der als ordentliches Schulfach prinzipiell für jeden Schüler zugänglich ist, bietet die beste Chance. Gerade jetzt, mitten im Irak-Krieg, müssen wir jede Möglichkeit prüfen und vorantreiben, islamischen Religionsunterricht im Sinne des Grundgesetzes einzurichten. Wichtige Schritte sind getan. Bund und Länder lassen Modellversuche zu, entwickeln Curricula, bilden Lehrer aus. Vor einem Jahr hat sich der Zentralrat der Muslime in Deutschland, eine der großen Organisationen, in einer Islamischen Charta zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekannt; bereits 1989 hatte dies der Islamrat in seiner Erklärung Islam und Grundgesetz getan.

Ja, wir haben schon einiges zu bieten: große Worte, Engagement, kleine Taten. Jetzt müssen die großen Taten kommen.

# Offene Türen für den Koran

*Länder und Bund rücken die Frage des Schulfachs auf ihrer Agenda nach oben. Wer aber sind aufseiten der Muslime die Ansprechpartner?*

• BIRGITTA MOGGE

**S**ie verstehen sich als emanzipiert. Aber gerade auch junge Muslime halten Deutschland für ein eher gottloses Land. „Ich kann die Grundsätze dieser Gesellschaft nicht vertreten“, erklärt eine Studentin, „weil sie nicht auf religiösen Werten aufgebaut ist.“ Sie hat insofern Recht, als unsere säkularisierte westliche Welt nicht „vom Bewusstsein zu Gott durchwoben“ ist. Aber sie hat auch Unrecht, denn das Grundgesetz verpflichtet den Staat ausdrücklich zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität. Das gilt auch für den Religionsunterricht: Der Staat hat die Schulaufsicht, aber er kann nicht die Inhalte des Faches bestimmen. Deshalb wird Religion als ordentliches Lehrfach in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der jeweiligen kirchlichen Gemeinschaft erteilt (Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz).

Das heißt: Jeder Religionsunterricht muss mit den elementaren Grundsätzen unserer Rechtsordnung übereinstimmen, also die Grundrechte achten; die Qualifikation der Lehrkräfte muss den Standards des deutschen Lehrerbildungsgesetzes entsprechen; der Unterricht muss in Deutsch erfolgen; die verantwortliche Gemeinschaft muss die staatliche Schulaufsicht anerkennen.

An diesen Vorgaben sind bisher alle Versuche gescheitert, islamischen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach einzuführen - obwohl dies inzwischen durchweg befürwortet wird. Gewiss, fast alle Länder bieten islamische beziehungsweise religiöse Unterweisung oder Islamkunde an, meist im Rahmen des freiwilligen muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts. Staatliche religionskundliche Angebote machen Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz; nicht staatlichen, das heißt außerschulischen Unterricht „in konsularischer Verantwortung“ ermöglichen Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Berlin und das Saarland. Dem Unterricht liegen meist türkische Lehrpläne zugrunde, und er findet eben nicht in Deutsch, sondern in Türkisch, Arabisch, Bosnisch und so weiter statt.

## Sonderfall Berlin

Berlin ist ein Sonderfall. Das Schulgesetz stellt den Religionsunterricht in die alleinige Verantwortung der Religionsgemeinschaften. Zwanzig Jahre lang hat die Islamische Föderation für den Status gestritten - und gewonnen. Seit dem Schuljahr 2001/02 gibt sie an zwei Grundschulen Koranstunden - hinter verschlossenen Türen und mit Lehrern, deren Deutschkenntnisse „zum Teil sehr mangelhaft“ sind. „Was sich im Unterricht tut, ob er neutral ist oder ob das Grundgesetz verletzt wird, ist nicht zu prüfen“, fasst ein Stadtverordneter die Bedenken zusammen. Pikant: Die Islamische Föderation steht der als extremistisch eingestuften Islamischen Gemeinschaft „Milli Görüs“ nahe.

„Islamische Unterweisung in deutscher Sprache“ und staatlicher Verantwortung, wie sie bislang nur Bayern (seit dem Schuljahr 2001/02) und Nordrhein-Westfalen (seit 1999/2000) im Modellversuch anbieten, ist keine Glaubenslehre wie der katholische oder evangelische Religionsunterricht, sondern Information über den Islam (siehe Seite 26: „Von Yusuf lernen“). Bayern, fast modellsüchtig, lässt zum nächsten Schuljahr an einer Erlanger Grundschule islamischen Unterricht mit Elementen der Glaubenserfahrung zu. Die Inhalte wurden mit Wissenschaftlern und dem örtlichen Zusammenschluss der Muslime abgestimmt. Bremen und Niedersachsen wollen nachziehen, Baden-Württemberg hat Lehrpläne fertig.

Eigentliche Glaubenslehre, also Verkündigung des Glaubens und Erziehung zu ihm, erfahren muslimische Kinder und Jugendliche „im Wesentlichen in den Koranschulen der Moscheegemeinden, verantwortet durch islamische Organisationen - und zwar überwiegend unter erheblicher finanzieller wie personeller Rückbindung in die Türkei und in arabische Staaten -, ohne dass der deutsche Staat Einblick beziehungsweise Kontrolle in die Unterrichtsinhalte hat“, stellt ein Papier des Bundeskanzleramts vom Dezember 2001 fest. Die Befürchtung, dass die Schüler dort gegen die Grundsätze der westlichen Rechtsordnung indoktriniert werden könnten, ist durch den 11. September 2001 verstärkt worden. Auch deshalb haben Länder und Bund „islamischen Religionsunterricht“ auf ihrer Agenda weit nach oben gerückt. Eine international und interreligiös besetzte Fachtagung „Lerngemeinschaft

Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen“, Mitte März in Weimar, und der dort verab-

schiedete „Weimarer Aufruf“ zeigen, dass große und schnelle Schritte möglich sind. Die Kultusminister prüfen, ob - so die thüringische Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski für die Länder - „an geeigneten Schulstandorten ein islamisches Unterrichtsangebot als eigenständiges Unterrichtsfach auf Deutsch entwickelt werden kann“.

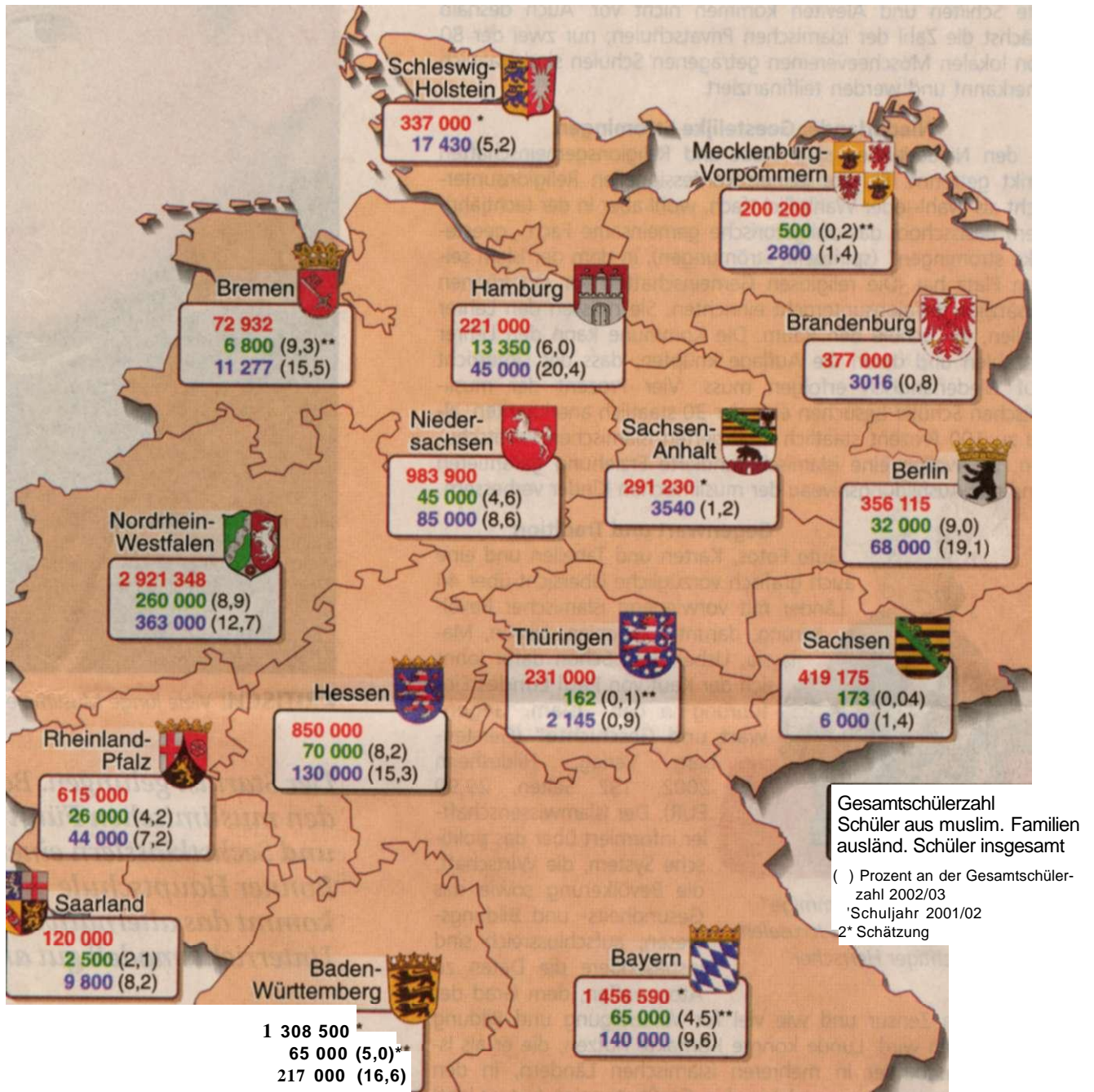
Das klingt etwas umständlich, ist aber ein eindeutiges Ja, wenn denn ein Ansprechpartner im Bundesland da ist. Das ist eine große Erleichterung, wird damit doch anerkannt, dass der Islam, der ja nicht amtskirchlich verfasst ist, keinen einheitlichen Ansprechpartner stellen kann. Es liegt an den Muslimen, in den Ländern Religionsgemeinschaften zu bilden, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werden.

## Verdacht ausräumen

Das bedeutet, dass sich bisherige Zusammenschlüsse etwa in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg deutlich weiter öffnen und mehr Gläubige repräsentieren müssen. Vor allem muss auch der kleinste Verdacht, extremistischen Organisationen nahe zu stehen, ausgeräumt sein. Die Sunniten, obwohl stärkste Gemeinschaft, sollen nicht wie etwa in Österreich grundsätzlich das Sagen haben. Vor allem die Aleviten kämpfen für mehr Mitsprache.

Gemeinsames Lernen von Muslimen und Nichtmuslimen gibt es längst. Ob im Kindergarten oder in der Schule: Feste werden zusammen gefeiert, Religionskunde vermittelt. Doch das Nichtwissen ist weitaus größer als das Wissen. Da ein reguläres Unterrichtsfach „Islamische Religion“ nicht nur muslimischen, sondern prinzipiell allen Schülern offen stünde und weil die Lehrpläne bekannt wären, könnten Glaubensüberzeugungen nicht einfach als „richtig“ oder „falsch“ qualifiziert werden. Ein günstiger Nebeneffekt des neuen Faches: Jede deutsche Unterrichtsstunde hilft Kindern mit Migrationshintergrund, ihre Sprachkenntnisse und damit ihre Bildungschancen zu verbessern...Die Pisa-Studie und die jetzt veröffentlichte Grundschul-Lese-Untersuchung Iglu (siehe Seite 15) beweisen, wie nötig das ist. •

Reihn.Merkur 10.04.03



© RM / ICON

**UNTERSCHIEDE:** Die Karte zeigt unter anderem die Zahl der Schüler aus muslimischen Familien in den deutschen Bundesländern.

Offene Türen für den Koran,  
 in: Christ und Welt. Nr. 15/2003

Beilage zum RHEINISCHEN MERKUR vom 10. April 2003



## Islam in Deutschland

Gut eine Milliarde Menschen, das ist mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung, sind Muslime. Mehr als drei Millionen Muslime - zwei Drittel von ihnen Türken - leben in Deutschland. Nur 10 bis 15 Prozent sind in Verbänden erfasst, vor allem in vier großen Organisationen:

DITIB (Diyanet Islari Türk Islam Birliği), Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion, Köln;

Islamrat der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (türkisch); er wird von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) dominiert, die der Verfassungsschutz beobachtet;

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), Eschwege (multi-ethnisch);

Verband der islamischen Kulturzentren, Köln (VIKZ), der gut 300 Moscheegemeinden vertritt.

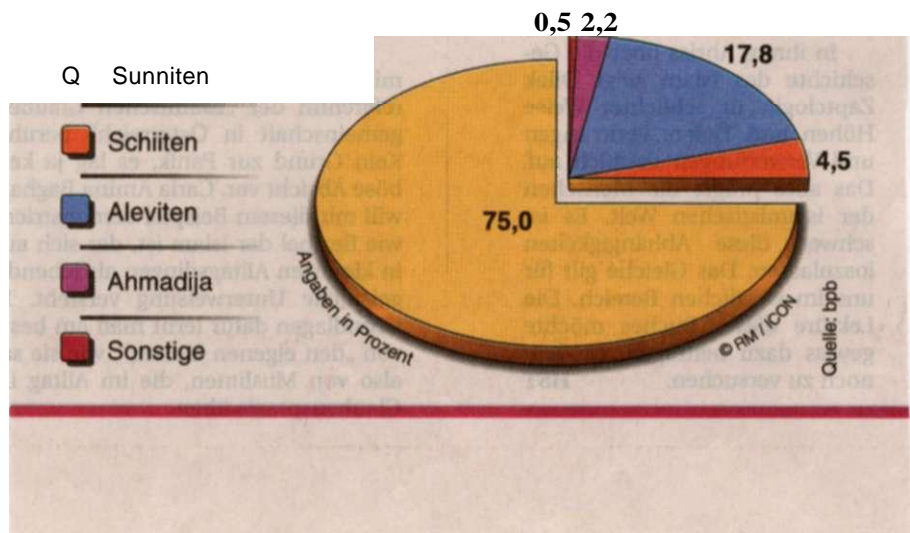
Muslime gehören unterschiedlichen Glaubensrichtungen an:

Sunniten (weltweit 80 Prozent, in Deutschland 75): Die Sunna ist die orthodoxe Hauptrichtung des Islam.

Richtschnur sind Koran und Brauch (Sunna) sowie Überlieferung (Hadith). Die Sunniten kennen keinen Klerus und keine höchste personifizierte Lehrinstanz; allerdings kommt den Theologen/Rechtsgelehrten beziehungsweise den entsprechenden Fakultäten an den Hochschulen eine gewisse meinungsbildende Rolle zu. Moderne Reformsekten sind unter anderem Ahmadija und Wahhabiten. Schiiten (weltweit zirka 13 Prozent, in Deutschland knapp 18): Sie erkennen nur direkte Nachkommen von Mohammeds Schwiegersohn Ali als Oberhaupt (Imam) an.

Aleviten (in der Türkei 8 bis 20 Millionen, in Deutschland zirka eine halbe Million): weltlich orientierte Gemeinschaft mit schiitischen Einflüssen, eigenständig organisiert. RM

Information: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Islam. Politische Bildung und interreligiöses Lernen. Loseblattsammlung, 154 Seiten, CD-ROM, Bonn 2002.



## Ein Bild mit vielen weißen Flecken. Der Islam im Unterricht Matilda Jordanova-Duda

Mit einem "Weimarer Aufruf hat sich die Kultusministerkonferenz (KMK) am 14. März 2003 zur religiösen Bildung von Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens als Auftrag der Schule bekannt. Damit plädiert sie für den Islamunterricht als eigenständiges Fach auf Deutsch. Mehr noch: Kenntnisse über den Islam gehörten insgesamt auf den Lehrplan, bessere Schulbücher und eine interreligiöse und interkulturelle Aus- und Weiterbildung der Lehrer seien vonnöten. Das Papier, betont die thüringische Bildungsministerin Dagmar Schipanski, sei weder Beschluss noch Richtlinie. Ein Aufruf eben.

Der Islam muss nicht nur im Fach Religion bzw. Ethik ein Thema sein, so die Experten. So könnte man in Sexualkunde über die Einstellung zum vorehelichen Geschlechtsverkehr reden und im Fach Wirtschaft über das Zinsverbot. Geschichte und Geographie beschäftigen sich teilweise schon mit dem Islam, konzentrieren sich jedoch auf die Zeit der Kreuzzüge bzw. die arabischen Länder. Die großen Philosophen oder die persischen Dichter? Fehlanzeige. Wolf Ahmed Aries vom Islamrat bemängelt diese weißen Flecken: Vom Iran beispielsweise sei nur die Revolution der Ajatollahs übriggeblieben. Insgesamt vermitteln die Unterrichtsmaterialien allerdings seit 1995 ein positiveres Bild des Islams und der Muslime als noch Ende der 1980er-Jahre, ergab eine Untersuchung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung.

Sollte es eines Tages korrekte neue Schulbücher und ergänzte Curricula geben, so heißt das noch lange nicht, dass die Lehrer damit umgehen können. Denn interreligiöses und im Allgemeinen interkulturelles Lernen ist bislang nur in vier Bundesländern ein Pflichtteil der Ausbildung. Die Fortbildungsangebote sind unverbindlich. Zwar herrscht unter Fachleuten Konsens, dass die Berufsanfänger auf die Arbeit mit multikulturellen Klassen vorbereitet werden müssen. Aber die Hochschulen sehen kaum Möglichkeiten, zusätzliche Inhalte in die auch so schon lange Studienzeit zu packen. Die KMK will junge Einwanderer zum Lehramtsstudium bewegen, damit die Muttersprachlehrer nicht die einzigen Pädagogen fremder Herkunft in den Kollegien bleiben.

Beim Islamunterricht zeigt sich der Staat bereit, von der bisherigen Forderung nach einem einheitlichen Ansprechpartner nach Art der Katholischen oder Evangelischen Kirche abzurücken: "Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Islam nicht amtskirchlich verfasst ist". Es gehe um eine "angemessene Repräsentation" durch Religionsgemeinschaften in den Ländern, erläutern Ministerialbeamte. Solche gibt es bereits in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Ihre Anträge wurden jedoch von den Ministerien abgelehnt, ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen, wo das Verwaltungsgericht Düsseldorf die Klage von Zentralrat und Islamrat

auf Einführung des Religionsunterrichts mit der Begründung zurückwies, sie würden nur einen Teil der Muslime vertreten. In Erlangen wurde dennoch für einen Modellversuch eine lokale Lösung gefunden (siehe AiD-online).

### Gemeinsamer Unterricht für Schiiten und Sunniten

Wie aber soll der Schulstoff Sunniten, Schiiten und Aleviten, Türken, Arabern, Iranern, Bosniern gerecht werden? So unüberbrückbar wie es scheint, sind die Unterschiede nicht. Der gemeinsame Nenner, so Aries, sei das Ziel, "deutsche Bürger muslimischen Glaubens" zu erziehen. Asiye Köhler vom Zentralrat der Muslime meint, man müsse bei den gemeinsamen Glaubensgrundlagen ("wir sind alle Muslime") anfangen und erst später auf Unterschiede eingehen. Wo es große Gruppen von Schiiten gibt, könnte der Unterricht um einen schiitischen Schwerpunkt ergänzt werden, schlägt der Religionspädagoge Michael Meyer-Blanck vor. "Wir haben auch nur einen evangelischen Religionsunterricht und nicht einen speziellen reformierten oder einen für die Pfingstgemeinden." Sunniten und Schiiten werden gemeinsamen Unterricht machen, sagt auch der Vorsitzende des Zentralrats, Nadeem Elyas. Anders sieht es bei den Aleviten aus: Sie wollen einen eigenständigen Unterricht.

Vertreter der Verbände, die zum Teil eigene Lehrpläne entwickelt haben, sitzen im Beirat des neuen Lehrstuhls für Islamische Theologie an der Universität Münster. Im Sommersemester 2004 sollen dort die ersten islamischen Religionslehrer ihr Studium aufnehmen. 2005 will die Universität Osnabrück mit einem eigenen Konzept samt internationalem Kooperationsnetzwerk folgen. Darin soll unter anderem die Wiener Islamische Religionspädagogische Akademie eingebunden werden, wo Religionslehrer seit fast 20 Jahren im Geiste eines europäischen Islams ausgebildet werden. Von den Pädagogen erwartet man viel: zwei- und mehrsprachig sollen sie sein, Vorbild und Vertrauensperson für Schüler und Eltern, Ansprechpartner in allen theologischen und Alltagsfragen für die Kollegen, in der deutschen wie in der Herkunftskultur bewandert. Allerdings müssen zuerst rechtliche Unsicherheiten beseitigt werden. Dürfen zum Beispiel Kopftuchträgerinnen als Lehrerinnen arbeiten oder nicht?

Ein öffentlicher konfessioneller Unterricht wird in jedem Fall das Monopol der Koranschulen durchbrechen. Zwar werden sicherlich weiterhin einige Eltern Wert darauf legen, dass ihre Kinder den Koran auf Arabisch rezitieren können. Aber die Schüler werden angeregt, mehr Fragen zu stellen.

## GERMAN MINISTERS OF EDUCATION DISCUSSED WITH MUSLIM EXPERTS FROM DIFFERENT NATIONS ON „LEARNING COMMUNITY“

Report by Dr. Herbert Schultze

On 13 and 14 March 2003 a Conference was held in Weimar, the city of the poets Goethe and Schiller in Germany. It has been one of several efforts in Europe to explore ways of organizing good relationships with reasonable Muslim minorities, particularly by means of education. This Conference was organized by the Secretariat of the *Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the Länder in the Federal Republic of Germany*. The Minister of education in Thuringia, Professor DAGMAR SCHIPANSKI from Erfurt was the host; Professor HANS KÜNG, the initiator of the „Global Ethos“ project from Tübingen, South West Germany, acted as Conference President. Professor RITA SÜSSMUTH, formerly Speaker of the German parliament and President of the immigration commission of Germany addressed the Conference. In addition to plenary sessions four Fora explored sensible areas of **State** education.

Participants came from **State** administration, from various university disciplines or other research institutes. Some represented national or international Non Governmental Organizations (NGO's). There was also an impressive representation of different Muslim communities from several nations, among them *Austria, Turkey* and the *United Kingdom*. Muslim and non-Muslim participants introduced the views of diverse directions among the Muslim world as well as in the profession of academic scholars and teachers of all school levels. Not the least it should be mentioned that a number of internationally well known foundations were represented as well. All of these are concerned with burning social and educational issues. The Körber Stiftung for example is famous for their Support of innovative projects in society.

The Fora worked on (1) Islam in the daily work in school (with representation of students), (2) Islam in the teachers' training, (3) Islam in curricula and schoolbooks, (4) a subject of Islamic education in school. In Forum 4 the following experts explained their perspectives of a subject of Islamic Education in **State** schools: Professor M UAL LA SELCUK from the Ministry of Education of the Republic of Turkey; Dr KLAUS GEBAUER of the Institute of School Education of Northrhine Westfalia; ISMAIL KAPLAN from the Alevitic Federation; and ASIYE KÖHLER from the Central Council of Muslims in Germany. In Forum 3 the following reported about experiences with schoolbooks and syllabuses and gave suggestions for further development in those areas: Dr SYED AZIZ PASHA of the National Muslim Education Council of UK; NESE IHTIYAR from Georg-Eckert Institute of International Schoolbook Research in Germany; Professor UDO TWORUSCHKA, Chair of Religious Science at Jena university, and Dr WOLFGANG BOEGE, in-service training senior lecturer in Hamburg. Fora 1 and 2 worked in a similar way.

In the opening session, Dr THOMAS KRÜGER, President of the Federal Centre of Political Education explained the approach of his Centre to current challenges to intercultural learning. He introduced new learning and teaching material on Islam, while professor BARBARA JOHN, officer of immigrants to the Senat of Berlin, offered an excellently differentiated description of the life situations of young Muslims. Experiences with intercultural education in Turkey, the UK and Austria were exchanged during a panel discussion. The UK **representative**, Dr PASHA, highlighted the benefits of the involvement of religious communities in resourcing and realizing the implementation of the Education Reform Act of 1988. Professor ANAS SCHAKFEH from Austria told about the ways which the Islamic Community in Austria **prefers** to adapt its detailed responsibility in accordance with the Qur'an within the **State** education **System**. Professor SELCUK, Dean of the **Theological Faculty** of Ankara University reported on Turkish **activities culminating** in an international **Symposium on a Wide range** of different methods in school **religious** education, held in Istanbul in 2001. For the **Organizers** this resulted in a decisive intercultural **project of peace education**. Dr. MUALLA SELCUK **presented** the **Conference** the impressive documentation of the proceedings of the mentioned Symposium, a multilingual book of 812 pages. All conceptions of religious **education** practised in the German **federal** states are well recognized in the Turkish publication.

The by one hundred and fifty participants voted finally for an „Appeal of Weimar“. This document confirmed the civil rights of three million Muslims in Germany. This includes a mutual Support of German values, as stated in the **Constitution** of the Basic Law (Grundgesetz) and the very **own** values of the Muslims in Germany, according to their home countries and their different branches of Muslim tradition. Therefore the „Appeal of Weimar“ **Stresses** equal rights of different cultural and religious communities **who** live in Germany and dialogue **between** these and various cultural and religious communities in the Federal Republic of Germany. Schools and other educational activities contribute to this aim. Islamic studies and other academic disciplines have the task to support such dialogue. Publishers have a

Lerngemeinschaft. Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen.  
Presseschau

particular responsibility in presenting topics and didactics useful for that dialogue. Religious education in schools plays an important role within this process. For the improvement of Muslim school religious education the Muslim communities in the Länder should create the appropriate organisational Provision. Muslims and non-Muslims should co-operate in schools to contribute to the Integration of Muslims in the Federal Republic. All this is a mutual process.

After discussion in plenary sessions this „Appeal of Weimar" was accepted. The Weimar Conference in March 2003 and its participants themselves gave a convincing example of the intended dialogue. It will be of interest to observe firstly how soon now Islamic religious education in German schools will be realized, and secondly whether the promising exchange between representatives of the German administration and participants from other nations will result in follow up activities. There is no lack of declarations in Europe but rather a need of building bridges between human beings. In case this will happen, discrimination and violence will have less and lesser Chance in European societies.

*The author of this report, Dr. Herbert Schultze is chairman of the European Association for World Religions in Education (EAWRE). He was invited and took part in the Weimar Conference on behalf of EAWRE. The Organisation will evaluate this contact under the auspices of its intense co-operation with the Council of Europe in Strasbourg.*

[http://www.eawre.org/new\\_reports.htm](http://www.eawre.org/new_reports.htm)

## "Lerngemeinschaft. Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen" - Bericht über eine Konferenz in Weimar, einberufen von der Kultusministerkonferenz, 13.-14.3.2003 \*

**Stefan Reichmuth, Bochum**

Auf Einladung der Kultusministerkonferenz wurde in Weimar am 13.-14.3. 2003 eine Tagung abgehalten, die unter verschärften weltpolitischen Bedingungen dem politischen Willen zur stärkeren Integration der muslimischen Zuwanderer in Deutschland durch das Bildungswesen Ausdruck verleihen sollte. Etwa 140 Teilnehmer aus dem deutschen Schul- und Hochschulwesen, aus Kommunalverwaltungen und Ministerien, ausländische Spezialisten, Vertreter der islamischen und alevitischen Verbände und Gemeinden, der Ausländerbeiräte und der türkischen Eltern- und Lehrerbünde diskutierten gemeinsam über Fragen des Islam im Schulalltag, in der Lehrerbildung, in Curricula und Lehrbüchern und über die Zukunft des Islamunterrichtes in Deutschland.

Die von der Kultusministerkonferenz veranstaltete Tagung war auf Initiative ihrer ehemaligen Präsidentin Dagmar Schipanski zustande gekommen. Sie wurde gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Körber-Stiftung und das Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Die Schirmherrschaft hatte die Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süßmuth übernommen. Als Tagungspräsident fungierte der Theologe Hans Küng, unter dessen Vorsitz am Ende der seit längerem vorbereitete "Weimarer Aufruf zur Rolle des Bildungswesens bei der Integration der Muslime in Deutschland verabschiedet wurde.

Die Eröffnungsansprachen bezogen sich nachdrücklich auf den Appell zur Entwicklung kulturübergreifender Lerngemeinschaften, wie ihn Wolf Lepenies 1995 formuliert hatte.<sup>1</sup> Rita Süßmuth beklagte die Verspätung, mit der die Politik auf diese Herausforderung reagiere, und bezeichnete die Politiker in dieser Hinsicht angesichts vieler gesellschaftlicher Initiativen von Gemeinden, Verbänden und Wissenschaft als eine "verspätete Generation", die es versäumt habe, vorausschauend zu handeln. Säkularität wie Konfessionalität der öffentlichen Strukturen hätten dazu geführt, daß die Entwicklung islamischer Kultur in Deutschland über lange Zeit unbeachtet geblieben sei. Ebenso mache es Schwierigkeiten, islamische Kultur in ihrer Pluralität zu würdigen und eine einseitige Beurteilung der Muslime aufgrund ihrer Religion zu vermeiden. In letzter Zeit habe besonders die geringe Durchlässigkeit des deutschen Bildungswesens für Schüler ausländischer Herkunft betroffen gemacht, die anlässlich der Pisa-Studie deut-

lich geworden sei. Als langfristiges Ziel einer Migrationspolitik, die sich nicht mehr am 19. Jahrhundert orientiere, hob Rita Süßmuth eine wachsende Identifikation der Migranten mit Europa hervor. Diese könne jedoch mit einer schwach ausgebildeten Identität nicht gelingen.

Dagmar Schipanski stellte die Veranstaltung in den Kontext der aktuellen Politik der Kultusministerkonferenz, die im vergangenen Jahr beschlossen hatte, ihre Beziehungen zur islamischen Welt zu verstärken und sich mit den Fragen des Islam im deutschen Bildungswesen auseinanderzusetzen. Der Begriff der Lerngemeinschaft solle in diesem Zusammenhang deutlich machen, daß es dabei nicht um eine einseitige Belehrung der Muslime gehen könne. Vielmehr müßten die Beteiligten gemeinsam das Wissen übereinander vertiefen. Mit dieser Konferenz sollte dem politischen Willen zur Integration der muslimischen Zuwanderer in Deutschland Ausdruck verleihen werden. Dies schließe Angebote im muttersprachlichen und im islamischen Unterricht ein, wie sie manche Bundesländer bereits eingerichtet hätten. Nach dem gemeinsamen Willen der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers sollten die Länder prüfen, ob an geeigneten Schulstandorten ein eigenständiges islamisches Unterrichtsfach in deutscher Sprache angeboten werden könne. Ebenso würden an einigen Hochschulen Ausbildungsgänge für die Ausbildung islamischer Religionslehrer geplant. Die KMK wolle mit dieser Konferenz auch einen Beitrag zur Diskussion über die verschiedenen Möglichkeiten eines Islamunterrichts an deutschen Schulen leisten. Zugleich stelle sich die Herausforderung einer Integration der Muslime nicht nur im religiösen Leben: nicht weniger bedeutsam sei die soziale Integration. So sei die Schule mittlerweile ein Ort, an dem heranwachsende Menschen unterschiedlichster Herkunft, Sprache und Weltanschauung miteinander lebten und lernten; hier würden sie täglich mit ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten konfrontiert. Kenntnis und Akzeptanz anderer Lebensformen und kultureller Identitäten könne bei Jugendlichen nicht vorausgesetzt werden. Die kulturelle Vielfalt stelle wichtige Aufgaben für Bildung und Erziehung.

Der Tagungspräsident Hans Küng verwies auf den politisch verdüsterten Horizont der Tagung vor dem unmittelbar bevorstehenden Krieg im Irak. Umso mehr gehe es um die Stärkung von Dialog und Partnerschaft gegenüber den vorherrschenden, dabei rückwärts gewandten Tendenzen zur kriegerischen Durchsetzung der eigenen Hegemonie. Gerade die friedliche Entwicklung im "Alten Europa" und in Japan in den letzten 50 Jahren seit dem 2. Weltkrieg stelle vor diesem Hintergrund neues Paradigma dar, das auch in Afrika

**Wolf Lepenies, Das Ende der Überheblichkeit. Vortrag, gehalten beim Ideenforum "Die Zukunft denken. Neue Leitbilder für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln" anlässlich des 100jährigen Bestehens der DGBank, 23.10.1995, Frankfurt a.M.; abgedruckt in Die Zeit Nr. 48, 24.11.1995**

und Asien viele Hoffnungen geweckt habe und für das auch das "andere Amerika" stehe. In diesem Rahmen hätten sich auch für Christen und Muslime Ansätze zu einer neuartigen Lerngemeinschaft ausgebildet, die es, nicht zuletzt im Interesse der Gewalt-Prävention, zu vertiefen gelte.

Auch die Bundeszentrale für Politische Bildung sieht nach den Worten ihres Präsidenten Thomas Krüger den Dialog mit den Muslimen in Deutschland und Europa und generell die interkulturelle Öffnung auch der politischen Bildung als zentrale und langfristige Aufgabe an und hat in dieser Richtung in den letzten Jahren verschiedene Programme und Initiativen entwickelt. Er verwies dabei auf die dramatischen politischen und sozialen Umbrüche der Gegenwart, die in ihrem Tempo und in der enormen Komplexitätssteigerung, die sie herbeiführten, weder von den öffentlichen Institutionen noch von den Bürgern selbst angemessen erfaßt und verarbeitet werden könnten. Zu den europaweiten Problembereichen gehörten in dieser Hinsicht der Bildungssektor und der Arbeitsmarkt. Die Diskussion über Deutschland als Einwanderungsland sei bis heute weder differenziert noch tabufrei. Ein Blick über die Grenzen nach Frankreich zeige gerade in letzter Zeit eine besorgniserregende Zunahme antisemitischer und rassistischer Vorfälle. Aber auch in Deutschland, und erst recht in Schulen mit hohem Anteil muslimischer Schüler sei die angestrebte Lerngemeinschaft und interkulturelle Partnerschaft noch keineswegs Realität. Krüger plädierte in dieser Situation für einen realistischen, nicht "blauäugigen" Blick auf die Probleme einer multireligiösen Bildungslandschaft. Ängste und Unsicherheiten müßten ernst genommen, Konflikte und politische Defizite sollten anerkannt und offen benannt werden. Dialog dürfe nicht die kritische Diskussion ersetzen. Daher solle man sich stärker als bisher darum bemühen, kulturalistische, essentialistische Ansätze zu vermeiden. Auch der Kulturbegriff sei vielfach in der Gefahr, von selbsternannten Identitätswächtern als politische Waffe mißbraucht zu werden. Krüger sprach sich dagegen aus, die bunte Vielfalt der Jugendlichen aus muslimischen Ländern a priori zu "islamisieren" und ihnen Identitäten zuzuweisen, die vielleicht gar nicht existierten. Ziel der Landeszentrale sei es demgegenüber vor allem, dazu beizutragen, daß Muslime stärker als bisher als Träger politischer Bildung selbst in Erscheinung treten könnten.

Als Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin wies Barbara John darauf hin, wie neuartig es sei, daß die KMK die religiöse Orientierung zum Thema einer Tagung mache. Dies gebe Anlaß zu unterschiedlichen Fragen. Seien Muslime etwa "unbekannte Wesen"? Oder seien sie gefährlich für eine Gesellschaft, die ihre Maßstäbe zu verlieren drohe? Werde das Religiöse wieder einmal zur Trennlinie zwischen Eigenem und Fremden gemacht? Eine kurze Übersicht über neuere Daten zum Islam in Deutschland und zur Repräsentation aktueller muslimischer Themen und Interessen im Internet führte sie zu dem Befund, daß sich die Reli-

giosität der gegenwärtigen muslimischen Jugend in einem nachhaltigen Wandel befinde, der sie vom Volkssislam der Väter ebenso entferne wie von den religiös legitimierten Diktaturen mancher islamischer Länder. Die Lebenswelt junger Muslime in Deutschland sei Ausdruck ihrer widersprüchlichen Situation; sie sei aber insgesamt keineswegs bedrohlich. Die deutsche Gesellschaft müsse sich fragen, was sie diesen jungen Muslimen politisch wie moralisch bieten könne, um sie vor dem Abdriften in eine Gegenkultur zu bewahren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten muslimische Vertreter aus verschiedenen Ländern Europas (Türkei, Deutschland, England, Österreich) ihre Erfahrungen mit interkultureller Bildungsarbeit vor. Wie der Moderator Jamal Malik (Erfurt) dabei betonte, darf man nicht übersehen, daß bei allem Bemühen um wechselseitigen Austausch für die Muslime zunächst der Kampf um Anerkennung im Vordergrund steht, wobei das Konzept des "Islam" selbst immer wieder der kulturellen Übersetzung bedarf. Das Beispiel der Muslime in England, dargestellt durch den Generalsekretär des *National Muslim Education Council*, Syed Aziz Pasha, machte deutlich, daß dabei den universalen Zügen der islamischen Religion im europäischen Kontext besondere Bedeutung zukommt. Bemerkenswert positiv fiel die Bewertung der Situation in Österreich aus, wo bereits seit 1983/84 regulärer islamischer Religionsunterricht, mittlerweile in 2.600 Schulen, erteilt wird. Anas Schakfeh, der Präsident der *Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich*, betonte die positiven Wirkungen multikultureller Präsenz in den österreichischen Lehrerkollegien, in denen sich die Muslime zunehmend gleichberechtigt fühlen könnten. Danach wurden die folgenden thematischen Schwerpunkte der Tagung in vier Foren anhand von Impulsreferaten diskutiert:

1. Islam im Schulalltag,
2. Islam in der Lehrerbildung,
3. Islam in Curricula und Lehrbüchern,
4. Islamunterricht.

Die Foren dokumentierten eine Fülle von Ansätzen, Materialien und erfolgreichen Initiativen, auf die bei der Entwicklung des islamischen Unterrichtes und bei einer interkulturellen Arbeit mit Muslimen in Deutschland mittlerweile zurückgegriffen werden kann. Die ersten beiden Foren wurden dabei in starkem Maße von Perspektiven der interkulturellen Bildung und Pädagogik bestimmt. Daß die interkulturelle Situation im Schulalltag nicht selten bei Schülern wie Lehrern zu Überforderungen führt, wurde an verschiedenen Beiträgen deutlich. Vorgestellt wurde dabei auch die Initiative der Körber-Stiftung "Voneinander Lernen. Praxisforum Schule und Islam", die aus der schulischen Praxis heraus Beiträge zur Integration muslimischer Schülerinnen und Schüler liefern soll. Im zweiten Forum stand das interkulturelle Lernen und sein künftiger Stellenwert im Bildungswesen zunächst ganz im Mittelpunkt der Diskussion. Daß interkulturelles Ler-

nen zu einem prägenden Moment im Schülertag werden sollte, wurde ebenso betont wie die Notwendigkeit einer erweiterten sprachlichen Bildung, die auch die Herkunftssprachen der Migrantengruppen in stärkerem Maße berücksichtigt. Besondere Aufmerksamkeit galt hier der islamischen Lehrerbildung in Österreich, für die seit 1998/9 eine eigene Islamische Religionspädagogische Akademie als konfessionelle Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht zur Verfügung steht, deren Lehrpläne und -programme zunächst in enger Partnerschaft mit der ägyptischen al-Azhar-Universität entwickelt wurden. Intensiv diskutiert wurde daneben auch das umfassende Vorhaben zur Einrichtung eines zweijährigen Master-Studienganges "Islamische Religion" an der Universität Osnabrück, das ebenfalls auf einer interkulturellen, dialogorientierten Konzeption des islamischen Religionsunterrichts beruht und in internationaler Kooperation verwirklicht werden soll.

Die Foren 3 und 4 diskutierten bereits vorliegende Erfahrungen, Curricula und Materialien zum Islam und zum Islamunterricht. Der insgesamt tendenziell positive Befund von laufenden Untersuchungen zum Islam in deutschen Schulbüchern unterschiedlicher Fächer zeigt trotz vielfältiger Klischeebildungen eine stärkere Berücksichtigung des muslimischen Selbstverständnisses. Die Angebote an Identifikationsmöglichkeiten für muslimische Schüler im Bild- und Textmaterial sind freilich nach wie vor begrenzt. Offen und vielfältig sind bisher die verschiedenen Typen des staatlichen Unterrichts, in denen der Islam verortet ist. So ist er in Großbritannien seit 1988 Bestandteil eines Pflichtfaches "Religious Education", das laut Curriculum "insgesamt oder überwiegend christlich geprägt" sein soll, aber bis zu 40 % nicht-christliche Inhalte umfassen kann. In der Türkei ist er Bestandteil des seit 1982 von der Verfassung vorgesehenen Pflichtfaches "Religiöse Kultur und Ethik-Lehre" (*Din kültürü ve ahlak bilgisi*), dessen Curriculum seit 2000 in starkem Maße auf die Erziehung zum Frieden und auf die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler ausgerichtet wurde.

In Nordrhein-Westfalen, das bereits 1986 ein religionskundliches Fach "Islamische Unterweisung" im Rahmen des Muttersprachlichen Unterrichtes eingeführt hatte, wird dieses Fach seit 1999 als ordentliches Unterrichtsfach in deutscher Sprache im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe I im Schulversuch erprobt. Das leitende curriculare Konzept beruhte hierbei auf einer korrelationspädagogischen Verschränkung von Gesellschaft, Glaubenstradition und Lebenswirklichkeit der Schüler und Schülerinnen. Eine neuere Phase der curricularen Entwicklung seit 1997 berücksichtigt vier grundlegende Lernfelder, die das Verhältnis des Menschen zur Natur, zu anderen Menschen, zu sich selbst und zu Gott umfassen und die auf vier Bereiche der Lebenswirklichkeit des Menschen (Körperlichkeit - Emotionalität - Intellektualität - Spiritualität) bezogen werden. Diese Konzeption soll die islamische Tradition in ihrer historischen Vielfalt erschließen, aus ihr heraus Paradigmen einer Öffnung zur Welt und zur

Zukunft hin entfalten und damit einen Rahmen schaffen, innerhalb dessen die Muslime wie andere Religionsgemeinschaften an den wichtigen Fragen von Staat und Gesellschaft in Deutschland mitwirken können.

Diesem vom Staat bereitgestellten religionskundlichen Fach setzen die islamischen Dachverbände bekanntlich den verfassungsmäßigen Anspruch der Muslime auf einen regulären islamischen Religionsunterricht entgegen, der bisher fast allen Bundesländern - mit Ausnahme Berlins - an der fehlenden rechtlichen Anerkennung einer islamischen Religionsgemeinschaft gescheitert ist. Hierzu haben sie einen Lehrplan für die Grundschule publiziert, der ebenfalls vorgestellt und diskutiert wurde. Auch dieser Lehrplan ist am Korrelationsprinzip ausgerichtet; er betont die Erziehung zur mündigen Glaubensentscheidung und zum einsichtigen und eigenverantwortlichen Handeln und zu einer reflektierten Auseinandersetzung mit der eigenen Religion. In ähnlicher Weise bemüht sich auch die Föderation der alevitischen Verbände um die Entwicklung und Anerkennung eines alevitischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen; ihr Bildungsbeauftragter stellte ebenfalls ein Unterrichtskonzept für die Grundschule zur Diskussion.

Die Ergebnisse der Diskussionen in den Foren wurden in einer abschließenden Podiumsveranstaltung zusammengefaßt. Ihren Abschluß bildete schließlich die Verabschiedung des "Weimarer Aufrufs", dessen Text von der Vorbereitungsgruppe der Konferenz unter Federführung von Ulrich Pfaff, Ministerialrat im Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen, entworfen worden war.

Der Aufruf zielt darauf ab, durch die Stärkung des interreligiösen und interkulturellen Dialoges im Bildungswesen einen Beitrag zu einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung in Deutschland zu leisten. Er richtet sich an die Verantwortlichen für die Lehrerbildung und die Schulbuchverlage, ebenso an die Vertreter der Wissenschaften und der Schulen, schließlich an muslimische Eltern und an die islamischen Moscheevereine und Verbände.

Der Islam in Deutschland wird im Abschnitt I des Aufrufes mit seinen mittlerweile drei Millionen Muslimen "nach dem römisch-katholischen und dem evangelischen Bekenntnis" als "drittgrößte Religion" bezeichnet. Die Bewertung der beiden großen christlichen Konfessionen als zwei unterschiedliche Religionen erscheint dabei etwas ungewöhnlich; der eher angemessene, aber rechtlich festgelegte Begriff der Religionsgemeinschaft sollte hier wohl bewußt umgangen werden. Deutschland als "säkularisierter, von christlicher Kultur und von der Aufklärung geprägter Staat", garantiert mit seiner Verfassung die Freiheit des Gewissens, des Bekenntnisses und der ungestörten Religionsausübung; zugleich regelt diese Verfassung auch die Grundlagen des Zusammenlebens und setzt Grenzen, die niemand überschreiten darf. Die Politik des

## Lerngemeinschaft. Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen. Presseschau

Bundes und der Länder zieht dabei eine Assimilierung der Muslime an eine Mehrheitskultur und -religion nicht in Betracht. Der Staat schützt vielmehr die Kultur und Religion der Muslime und verteidigt diese wie alle anderen Bürger des Landes mit den Mitteln des Rechtsstaates.

Es ist festzustellen, daß der hier versprochene staatliche Schutz für Kultur und Religion der Muslime eine durchaus neuartige Formulierung darstellt. Er erinnert an die von der UNESCO in den letzten Jahren formulierten Perspektiven zum Schutz immaterieller Kulturgüter (*Intangible Cultural Heritage*). Damit wird der Islam freilich in die Nachbarschaft von Folklore und Brauchtum gerückt, zu denen er sonst häufig in kaum überbrückbarer Spannung steht.

Der Staat allein, so der nächste Abschnitt (II), kann die Integration innerhalb des von ihm geschaffenen Rahmens nicht gewährleisten. Diese setzt das gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen und die Sicherung ihrer politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe voraus, die auf gegenseitiger Anerkennung beruhen muß. Voraussetzung hierfür, so der Aufruf, ist die "Fähigkeit zum Dialog der Kulturen".

Aus dieser grundlegenden Aussage, die dem Dialog der Kulturen geradezu staatstragende integrative Funktionen zuweist, werden in den folgenden Abschnitten (III-V) verschiedene Konsequenzen für eine Neugestaltung des Bildungswesens gezogen. Bildungseinrichtungen, allen voran die Schulen, werden als "hervorragende Orte zum Erlernen des interreligiösen und des interkulturellen Dialoges" bezeichnet. Neben der Vermittlung demokratischer Grundwerte gehört auch zu ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag auch die Offenheit für unterschiedliche kulturelle Prägungen und religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und die Förderung von Solidarität und interkultureller Kompetenz, ebenso der Auftrag zur Lerngemeinschaft und zum Dialog, der aus dem schulischen Alltag erwächst. Dementsprechend plädiert der Aufruf für eine angemessene Berücksichtigung der interreligiösen und interkulturellen Erziehung bei der Lehrerbildung und für einen interdisziplinären Beitrag der Wissenschaften zum gegenseitigen Verständnis der Kulturen. Kenntnisse über die Weltreligionen und die großen Kulturen werden als selbstverständlicher Teil der Lehrpläne und des Unterrichts eingefordert.

Siehe z.B. die UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt (*UNESCO Declaration on Cultural Diversity*) von 2001, sowie die Istanbul Erklärung des dritten Runden Tisches der Kultusminister, Istanbul 16.-17. September 2002 (Third Round Table of Ministers of Culture, Final Communiqué, Istanbul Declaration: "Intangible Cultural Heritage, mirror of cultural diversity"); Text unter [http://www.unesco.org/culture/heritage/intangible/html\\_eng/indexjen.shtml](http://www.unesco.org/culture/heritage/intangible/html_eng/indexjen.shtml) (14.4.03). Für diesen Hinweis danke ich Herrn Manfred Hähnel, Bundesministerium des Innern, Weimar 14.3.2003.

In einem eigenen kurzen Abschnitt (IV) wird auf die schulische religiöse Bildung von Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens eingegangen, die nach einhelliger Auffassung der Länder zum Auftrag der Schule gehört. Es wird dazu festgestellt, daß mehrere Länder einen religionskundlichen Islamunterricht eingerichtet haben oder ein solches Angebot planen. Es wird für erforderlich gehalten, ihn in deutscher Sprache zu erteilen. Zu den Bemühungen von Muslimen um einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache im Sinne des Grundgesetzes wird festgestellt, daß es dieses Unterrichtsfach nur dann geben könne, wenn Muslime in den Ländern Religionsgemeinschaften bilden, die den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht werden; wobei zu berücksichtigen sei, daß der Islam nicht amtskirchlich verfaßt ist.

An diesem bemerkenswerten Abschnitt fällt auf, daß der allgemeine Bildungsauftrag der Schule im Bereich der religiösen Bildung der Muslime hier offenbar nicht aus dem Grundgesetz abgeleitet wird. Vielmehr werden die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten hervorgehoben, die einem regulären islamischen Religionsunterricht nach Grundgesetz Artikel 7(3) entgegenstehen. Man kann den Eindruck gewinnen, daß ein religiöser Bildungsauftrag des Staates hier mit dem ebenfalls erstmals in dieser Allgemeinheit formulierten Auftrag einer Erziehung zur interkulturellen und interreligiösen Dialogfähigkeit begründet werden soll.

Gegenüber dieser sehr grundsätzlichen Frage betreffen die folgenden Abschnitte (V, VI) die Fragen des gemeinsamen Lernens von Muslimen und Nichtmuslimen im Schulalltag. Beispiele guter Praxis, etwa die Rücksicht auf islamische Speisevorschriften oder die Unterrichtsbefreiung muslimischer Schüler an islamischen Feiertagen, werden gegeben. Für Konfliktfälle werden einige allgemeine Regeln formuliert, die sowohl den nachvollziehbaren Gewissenskonflikten der Schüler als auch dem Bildungs- und Erziehungsauftrag des Staates und der Elternrechte auf die religiöse Erziehung ihrer Kinder Rechnung tragen sollen. Auch die örtlichen Moscheevereine und die islamischen Verbände werden aufgerufen, Staat und Gesellschaft bei der Integration der Muslime, insbesondere der Jugendlichen zu unterstützen.

Mit einem Hinweis auf den wesentlichen Beitrag zu einer Kultur der gegenseitigen Anerkennung, der durch die Integration der muslimischen Schülerinnen und Schüler geleistet werden könnte, schließt der Aufruf. Sein Anspruch ist von Vorsicht geprägt; seine interkulturelle Grundkonzeption könnte sich als folgenreich erweisen, bedarf jedoch weiterer Klärung. So bleibt offen, ob die enge Verknüpfung religiöser und kultureller Perspektiven den Muslimen in Deutschland wirklich einen Dienst erweist und sie nicht ungewollt auf ihre Herkunftskulturen zurückwirft, was eine volle Teilhabe am öffentlichen Leben womöglich auf lange Sicht eher behindern könnte. Die künftige Rolle der Herkunftsländer für die Muslime in Deutschland insge-



**Lerngemeinschaft. Das deutsche Bildungswesen und der Dialog mit den Muslimen.  
Presseschau**

samt erscheint weiterhin unklar und in starkem Maße von größeren politischen Entwicklungen abhängig, die sich nur in engen Grenzen beeinflussen lassen. Dennoch ist festzuhalten, daß die Kultusministerkonferenz

hiermit erstmals den Islam und das Verhältnis zu den Muslimen im deutschen Bildungswesen zum Gegenstand einer Grundsatzerklärung gemacht hat. Dieser ist eine großes öffentliches Echo zu wünschen.

\*) Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift **RdJB - Recht der Jugend und des Bildungswesens** 51, 2003, **H. 2**